

## **„Ohne Rente sehen alle ganz schön alt aus.“**

### **Für ein solidarisches existenzsicherndes Rentensystem!**

*„Wir brauchen jetzt (...) eine politische Allianz von Kräften, die den Mut hat, einer selbstzufriedenen Generation die laufende Rechnung zu präsentieren: Rentenerhöhungen auch nur im Rahmen des Inflationsausgleichs sind bis auf weiteres auszusetzen (...)“ (aus: „Die Generation Teneriffa“, taz vom 21./22.06.2003)*

Renten sind zu einem Jugendthema geworden. Immer unverhohlener behaupten seit einiger Zeit vor allem jüngere Bundestagsabgeordnete von SPD & Grünen bis CDU/CSU & FPD, die Alten fräßen den Jungen die Haare vom Kopf. Und deswegen müssten im Interesse der Jugend jetzt endlich auch mal die RentnerInnen den Gürtel enger schnallen. Unter dem populären Slogan „Generationengerechtigkeit“ werden dann alle möglichen Verschärfungen für das Rentenalter gefordert: angefangen bei einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, über Kürzungen beim Rentenniveau bis hin zur schrittweisen Privatisierung des Rentensystems. Alles im Interesse der jungen Generation versteht sich. Die jungen Bundestagsabgeordneten behaupten, sie vertreten mit solchen Forderungen die Interessen der Jugendlichen. Das ist falsch: Unsere Interessen vertreten sie nicht!

### **Gegen Panikmache mit der „Alterspyramide“**

In einer Zeit, in der jeder zum Rentenexperten werden kann, der in der Lage ist, einen Pyramide aufs Blatt zu malen und dazu ein sorgenvolles Gesicht zu machen, haben es die Stimmen der Vernunft nicht leicht. Tatsächlich unterliegt das System der Altersversorgung strukturellen Problemen wie der steigenden Rentenbezugsdauer (aufgrund der verlängerten Lebenserwartung), der sinkenden Geburtenrate und sich verändernden Familienstrukturen. Diese demografischen Veränderungen müssen jedoch noch niemanden in Angst und Schrecken versetzen. Denn das Verhältnis zwischen Alten und Jungen ist nur ein Teil der Geschichte. Wenn z.B. die Produktivität steigt, dann können auch weniger mehr Menschen versorgen. Relevant ist somit die Relation zwischen gesellschaftlichem Reichtum und zu finanzierenden sozialen Ausgaben wie der Altersversorgung. Nach einer Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird es im Jahr 2050 etwa so viele Menschen über 60 Jahre geben wie Menschen zwischen 20 und 60 Jahren (1999 lag das Verhältnis noch bei etwa 41%). Allerdings stieg allein in den Jahren 1990 bis 1998 das Bruttoinlandsprodukt um 38%, über den Zeitraum von 1950 bis 1990 gar um 473%. Selbst wenn sich also in den nächsten 20 Jahren die Anzahl der RentnerInnen im Verhältnis zur erwerbstätigen Bevölkerung verdoppeln sollte, stellt das noch nicht automatisch ein Problem dar. Die Zahlen zeigen vielmehr, dass die Gesellschaft genügend Reichtum erwirtschaftet, der ein sorgenfreies Leben für Alte wie Junge ermöglicht.

### **Die Rentenfrage ist keine Generationenfrage, sondern eine Verteilungsfrage.**

Das bestehende umlagefinanzierte Rentensystem basiert zu großen Teilen auf den Rentenbeiträgen der Erwerbstätigen. Wie viel Geld sich konkret in den Rentenkassen befindet, hängt demnach maßgeblich von Lohnhöhe, Erwerbs- und Arbeitslosenquote ab. Die Reallöhne zum Beispiel sind seit den 80er Jahren in vielen Bereichen trotz Produktivitätssteigerung gesunken oder zumindest stagniert und haben die Finanzkrise der Rentenversicherung somit weiter verschärft. Anders herum gilt: Eine saftige Bruttolohnhöhung würde die Rentenkassen insgesamt deutlich entlasten. Die jährliche Anpassung der Renten an die Entwicklung der Netto-Löhne bliebe dann beibehalten, ohne dass die Erwerbstätigen dadurch automatisch real schlechter gestellt würden. Das größte Problem für das bestehende Rentensystem ist jedoch offenkundig die herrschende Massenarbeitslosigkeit, denn Arbeitslose fallen nun mal als Beitragszahler aus. Hinzu kommt die zunehmende Auflösung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse zugunsten prekärer und häufig scheinselbständiger Erwerbstätigkeiten – eine Entwicklung, die durch die rot-grüne Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre weiter vorangetrieben worden ist.

Vor dem Hintergrund der herrschenden Massenarbeitslosigkeit ist es somit nicht nur unsozial, sondern auch ökonomisch widersinnig das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Dies würde nur zu mehr Arbeitslosigkeit führen.

### **Generation Teneriffa? Denkste!**

Immer wieder bekommt man zu hören, die Gesetzliche Rentenversicherung ermögliche den Rentnern einen Lebensabend in Saus und Braus. Die nackten Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache:

- so beliefen sich im Jahre 2001 die durchschnittlichen Altersrenten in der Arbeiterrentenversicherung auf 1.624 DM (Männer) bzw. 691 DM (Frauen). In der Angestelltenversicherung lagen die Durchschnittswerte bei 1.113 DM

(Männer) und 1.098 DM (Frauen).

- eine Rente von 2.500 DM und mehr erhielten in der Arbeiterrentenversicherung 5,5% der Männer und 0% der Frauen. In der Angestelltenversicherung wird dieser Betrag von 37,2% der Männer und 1,8% der Frauen erreicht. Renten von mehr als 3.000 DM ließen sich in beiden Versicherungszweigen nur für Männer feststellen, bei der Arbeiterrentenversicherung erhielten diesen Betrag 0,5% und bei der Angestelltenversicherung 5,3% der Männer.  
- mit einer Rente von weniger als 1.000 DM hingegen mussten in der Arbeiterrentenversicherung 22,6% der Männer und 70,4% der Frauen zurecht kommen, in der Angestelltenversicherung 11,3% der Männer und 45,8% der Frauen.

Im Ergebnis widerspiegelt diese Rentenschichtung die Erwerbsposition und die Hierarchie der Erwerbseinkommen. Zwar ist es richtig, dass Alter nicht für alle Menschen Armut bedeutet (und das ist eine große historische Errungenschaft!), für einige aber sehr wohl. Dies sind zum Beispiel:

- \* Frauen, die aufgrund von Erziehungsauszeiten keine ausreichende Versorgungsansprüche erwerben konnten,
- \* MigrantInnen, vor allem der ersten Generation, die erst spät versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse aufnehmen konnten oder die auf dem Arbeitsmarkt rassistische Ausgrenzung erfahren,
- \* Personen, deren Erwerbsbiographien aus anderen Gründen (z.B. in Folge von Behinderung) unterbrochen sind,
- \* und natürlich solche Menschen, die zu Zeiten ihrer Erwerbstätigkeit nur über ein geringes Einkommen verfügten oder über längere Zeit arbeitslos waren.

Viele Menschen sind hier gleich mehrfach betroffen. Jede weitere pauschale Leistungskürzung bei der gesetzlichen Rente würde die Situation für diese Menschen nur weiter verschärfen. Gleichzeitig ist Reichtum im Alter eben gerade nicht in erster Linie auf opulente Zahlungen aus der Gesetzliche Rentenversicherung zurückzuführen, sondern viel mehr auf Vermögen- oder Immobilienbesitz, der im Laufe des Lebens angehäuft wurde. Eine Politik der Umverteilung muss hier ansetzen, um soziale Ungerechtigkeiten zu reduzieren z.B. durch eine allgemeine Vermögenssteuer für Alt und Jung.

### **Gezielte Panikmache - Begleitmusik zur Privatisierung und Demontage des Rentensystems.**

Als wäre die Forderung nach Kürzungen bei der Rentenhöhe für die Betroffenen nicht schon schlimm genug, gehen die Entwicklung der letzten Jahre jedoch noch weit über diese quantitativen Verschlechterungen hinaus. So wird inzwischen ganz offen die Gesetzliche Rentenversicherung in Frage gestellt und die Privatisierung der Altersversorgung gefordert.

Mit der „Riester-Rente“ wurden hier schon entscheidende Weichenstellungen weg von der umlagefinanzierten hin zu einer kapitalgedeckten Altersversorgung vorgenommen. Praktisch bedeutet eine schrittweise Umstellung auf Kapitaldeckung, dass der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung gesenkt werden und die abhängig Beschäftigten statt dessen einen Teil ihres Nettolohnes mittels privater Sparverträge am Kapitalmarkt so anlegen sollen, dass sie von den Erträgen dieser Anlage im Alter leben können. Mit der Umstellung und der Reduzierung werden damit also zuerst einmal nur die Arbeitgeber entlastet, da der wegfallende Arbeitgeberanteil auch nicht an die Beschäftigten ausgezahlt wird. Faktisch ist das also eine Lohnkürzung, denn natürlich gehört auch der so genannte Arbeitgeberanteil zu den Sozialversicherungen zum Lohn dazu. Eine kapitalgedeckte Altersversorgung bringt zudem offensichtlich auch keineswegs die häufig behauptete Entlastung der abhängig Beschäftigten. Schließlich müssen die Lohnabhängigen in der Regel die eingesparten Sozialversicherungsbeiträge sofort wieder anlegen, um künftig überhaupt noch eine Rente zu erhalten. Ein individualisiertes Kapitaldeckungsverfahren, wie es die unter Rot-Grün eingeführte „Riester-Rente“ vorsieht, setzt den bestehenden sozialen Ungleichheiten zwischen arm und reich nichts entgegen, sondern verschärft diese und überträgt die Risiken auf die Individuen.

Zudem ist es, entgegen der Propaganda, ökonomisch nicht haltbar, dass sich mit einer kapitalgedeckten Altersversorgung aus dem Generationenbezug aussteigen ließe. Bei jedem Finanzierungssystem wird entschieden, welche Belastungen auf die Jüngeren durch Konsumeinbußen zukommen und welche Belastungen die Älteren durch verminderte Rentenansprüche tragen. Beim Umlageverfahren erfolgt diese Entscheidung über den politisch-demokratischen Prozess, bei kapitalgedeckten Systemen über „anonyme“ Marktprozesse – mit all ihren politisch nicht kontrollierbaren Risiken – hinter dem Rücken der Akteure.

### **Das alles verteidigen, und noch vielmehr.**

Der Kampf um die Beibehaltung der bestehenden umlagefinanzierten Altersvorsorge ist nicht mehr als eine

Abwehrmaßnahme gegen den neoliberalen Umbau der sozialstaatlichen Sicherungssysteme. Auch wenn wir momentan gezwungen sind, die umlagefinanzierte Rentenversicherung zu verteidigen, so muss festgestellt werden, dass diese in der Tat reformbedürftig ist – allerdings nicht weil es den alten Menschen zu gut ginge, sondern weil es noch viel zu vielen alten Menschen noch viel zu schlecht geht! Eine stabile existenzsichernde Altersversorgung kann mittelfristig nur durch den Abbau der Erwerbslosigkeit durch Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und eine Politik der Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten gewährleistet werden. Zudem ist der Beitragszahlerkreis unbedingt auch auf Selbständige und Beamte auszuweiten. Weiterhin müssen alle Einkommensarten, etwa auch aus Unternehmensgewinnen, Kapitaleinkünften oder Vermietung, in die Beitragsgrundlage einbezogen werden. Denn es ist nicht einzusehen, weshalb nur die abhängig Beschäftigten mit ihrem Einkommen die Altersversorgung absichern sollten.

Um Altersarmut aber für immer zu verbannen, muss das langfristige Ziel eine von der Erwerbsarbeit unabhängige Mindestsicherung sein, dass auch im Alter ein Leben in Würde und ohne Zukunftsangst ermöglicht. Hierzu sind weitreichende Veränderungen im Steuersystem nötig, so dass eine Entkopplung der Finanzierung der Alterssicherung von den Löhnen in der Summe gerade nicht zugunsten des Kapitals ausfällt!

So ließe sich auch eine sozial gerechte Reform der Altersversorgung sicherstellen. Die aktuell unter dem Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ diskutierten Reformpläne hingegen sind grob irreführend und dienen in erster Linie dazu, soziale Errungenschaften abzubauen und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme weiter voranzutreiben. Denn noch immer gilt: Der entscheidende Verteilungskonflikt verläuft nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeit und Kapital !

### **JungdemokratInnen/Junge Linke aktiv gegen Sozialabbau**

JungdemokratInnen/Junge Linke beteiligen sich vielerorts am Kampf gegen den rot-grünen Sozialabbau. Dabei arbeiten wir mit einer Vielzahl von anderen Organisationen und sozialen Initiativen zusammen, z.B. mit der DGB Jugend, lokalen sozialen Initiativen oder attac.

JungdemokratInnen/Junge Linke fordern insbesondere :

- \* Ein solidarisches öffentliches Rentenversicherungssystem, das Altersarmut verhindert und für alle ein Altwerden in Würde ermöglicht!
- \* Keine Kürzungen bei den Rentenbezügen der gesetzlichen Rentenversicherung!
- \* Die Umwandlung der Rentenversicherung in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge stoppen! „Riester“-Rentenreform zurücknehmen!
- \* Umverteilung von oben nach unten!
- \* Demokratisierung statt private Profitmaximierung!

JungdemokratInnen/Junge Linke unterstützen den Kampf gegen den Sozialabbau mit Aktionen, Veranstaltungen und Materialien. Wir vermitteln ReferentInnen und kommen zu Veranstaltungen und Diskussionen auch gerne selbst vorbei. Einfach anrufen!

### **Was kann ich tun?**

- \* Informationen über die Pläne zur Privatisierung des Rentensystems weiterverbreiten: Diskutiert in euren Betrieben, Schulen, Hochschulen, mit Freunden und Bekannten über die unsozialen Folgen des rot-grünen Sozialabbaus!
- \* Nachfragen und kritisieren: Teilt den jungen Bundestagsabgeordneten mit, dass sie nicht eure Interessen vertreten und auch nicht in eurem Namen sprechen, wenn sie Rentenkürzungen und die Privatisierung der Altersversorgung fordern! Organisiert kollektive Besuche in den Bürgersprechstunden „eurer“ Abgeordneten und macht euren Unmut deutlich!
- \* Selbst aktiv werden und organisieren: Nur gemeinsam sind wir stark! Also macht mit im gemeinsamen Kampf gegen den Sozialabbau! Am besten natürlich bei uns. Doch für den Fall, dass wir euch zu junglich, zu links oder gar zu demokratisch sind: es gibt natürlich auch noch andere progressive Initiativen und Organisationen, die gegen die Privatisierung der Altersversorgung und Sozialabbau kämpfen! Viele davon sind auch auf unserer Homepage [www.jdjl.org](http://www.jdjl.org) verlinkt. Einfach mal reinschauen!

## **Weiteres Material zum Thema soziale Sicherungssysteme und Sozialabbau**

- Stoppt die Hartz-Pläne! (Argumentationshilfe-Broschüre)
- Arbeitszwang? Wir haben besseres zu tun! (Flugblatt gegen GZA-Maßnahmen)
- Gegen falsche Bescheidenheit! – Für eine soziale Grundsicherung und radikale Arbeitszeitverkürzung (Flugblatt)
- Wir wollen Eure „Hilfe“ nicht! – Gegen Arbeitszwang & Billigjobs (Flugblatt)
- Gesundheit ist keine Ware! (Flugblatt zur Teilprivatisierung der Krankenversicherung)
- Sondertendenz 2000 – Wir haben besseres zu tun! (Sonderausgabe der Zeitung „tendenz“)
- Handbuch gegen Arbeitszwang & Billigjobs
- Neoliberalismus & Globalisierung (Textsammlung aus LiB Herbst 2001)
- Die ganze Richtung passt uns nicht! (Faltblatt zur Hartz-Reform, Agenda2010 und rot-grüner Sozialpolitik)